

# **Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr**

## **Änderungsverfahren 33 OB (Zeche Sterkrade) zum Regionalen Flächennutzungsplan**

### **Synopse der Anregungen im Rahmen der**

**förmlichen Beteiligung nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch sowie der Beteiligung nach § 9 Abs. 2  
Raumordnungsgesetz und § 39 Landesplanungsgesetz sowie § 33 der Verordnung zur Durchführung des  
Landesplanungsgesetzes**

November 2019

<b>Beteiligter:</b> RMR Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft m.b.H. <b>ID-Nr.:</b> 191		<b>Eingang:</b> 29.08.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 1
<b>Anregung:</b>	<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b>	
(...) von der vorgenannten Maßnahme werden weder unsere vorhandenen Anlagen noch laufende bzw. vorhersehbare Planungen unseres Hauses betroffen. Falls für Ihre Maßnahme ein Ausgleich für den Eingriff in Natur und Landschaft gefordert wird, muss sichergestellt sein, dass dieser nicht im Schutzstreifen unserer Leitungen stattfindet. Sollten diese Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden, bitten wir um erneute Beteiligung.	Inwieweit konkrete Ausgleichsmaßnahmen erforderlich werden, lässt sich erst im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren bestimmen. Eine Beteiligung wird in diesem Zusammenhang zugesichert. Soweit Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des vorliegenden Planbereichs erforderlich würden, erfolgt ebenfalls eine diesbezügliche Beteiligung.  <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>	

<b>Beteiligter:</b> PLEdoc GmbH <b>ID-Nr.:</b> 181		<b>Eingang:</b> 02.09.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 3
<b>Anregung:</b>	<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b>	
(...) wir beziehen uns auf Ihr o.g. Verfahren und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme <b>nicht betroffen</b> werden (...)	Inwieweit konkrete Ausgleichsmaßnahmen erforderlich werden, lässt sich erst im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren bestimmen. Eine Beteiligung wird in diesem Zusammenhang zugesichert. Soweit Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des vorliegenden Planbereichs erforderlich würden, erfolgt ebenfalls eine diesbezügliche Beteiligung.  <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>	
Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im folgenden Bauleitplanverfahren festgelegt werden. Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.		

<b>Beteiligter:</b> Amprion GmbH, Betrieb / Projektierung, Leitungen Bestandssicherung <b>ID-Nr.:</b> 200		<b>Eingang:</b> 06.09.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 8
<b>Anregung:</b> (...) im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor. Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.		<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b> Im Rahmen von RFNP-Änderungsverfahren erfolgt grundsätzlich eine Beteiligung potenziell betroffener Leitungsträger.  <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>

<b>Beteiligter:</b> WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen, Entsorgung <b>ID-Nr.:</b> 261		<b>Eingang:</b> 11.09.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 11
<b>Anregung:</b> Gegen die geplante Errichtung wird unter Berücksichtigung folgender Auflagen keine Bedenken erhoben. Die Auflagen zur Baugenehmigung entnehmen Sie bitte der Anlage.		<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b> Wie bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung dargelegt, sind die in der Anlage genannten detaillierten Anforderungen an Müllbehälterstandplätze und deren Anfahrbarkeit nicht Gegenstand des vorliegenden Änderungsverfahrens zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP). Sie stellen auch grundsätzlich keinen Regelungsgehalt von Flächennutzungsplänen dar. Entgegen der vorgetragenen Annahme handelt es sich auch nicht um ein Baugenehmigungsverfahren, auf das sich die übersendete Anlage offenbar bezieht. Eine Konkretisierung der Planung erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplan. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt.  <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>

<b>Beteiligter:</b> RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH <b>ID-Nr.:</b> 190		<b>Eingang:</b> 17.09.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 12
<b>Anregung:</b> Gern teilen wir Ihnen mit, dass wir gegen die genannte Maßnahme keine grundsätzlichen Bedenken haben.		<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b> Nach Auswertung der übersendeten Planunterlagen ist festzustellen, dass die eingetragenen Versorgungsleitungen der RWW außerhalb des Änderungsbereichs liegen. Sie verlaufen innerhalb der Weierstraße und

Wir haben für Sie einen Planausschnitt mit den eingetragenen Linienführungen unserer vorhandenen Versorgungsleitungen vorbereitet. Die Lage und Tiefe der in den Planunterlagen eingetragenen Wasserrohrleitungen und Kabel kann von der tatsächlichen Lage und Tiefe abweichen. Hausanschlussleitungen sind in unserem Versorgungsgebiet Eigentum der jeweiligen Grundstückseigentümer als Anschlussnehmer. Hierüber besitzen wir keine Planunterlagen. Unser Service-Point Mülheim, Telefon 0208 4433 206, kann Ihnen gern nach Terminvereinbarung die Lage der Leitungen in der Örtlichkeit anzeigen. RWW haftet nicht für unrichtige Planunterlagen. Wichtig ist bei Baumaßnahmen die Schutzanweisung für erdverlegte Anlagen der RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft, die bei Arbeiten im Bereich unserer Anlagen unbedingt zu beachten ist. Diese Anweisung liegt Ihnen vor. Bei Bedarf können wir Ihnen gern weitere Exemplare zur Verfügung stellen.	am Südrand der Von-Trotha-Straße. Die 33. Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans wirkt sich somit nicht auf die Lage der bestehenden Leitungen aus. Die weitere Konkretisierung der Planung erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplan. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt.  <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>
---	--

<b>Beteiligter:</b> Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein	<b>Eingang:</b> 24.09.2019
<b>ID-Nr.:</b> 142	<b>Nummer der Anregung:</b> 14
<b>Anregung:</b>	<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b>
(...) soweit von Ihren Plänen kein jüdischer Friedhof betroffen ist, stimmt der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein dem o.g. Bauvorhaben zu.	Nach Kenntnis der Planungsgemeinschaft ist durch die Planung kein jüdischer Friedhof betroffen.  <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>

<b>Beteiligter:</b> Naturschutzbund Deutschland, Stadtverband Oberhausen e. V. –NABU–	<b>Eingang:</b> 24.09.2019
<b>ID-Nr.:</b>	<b>Nummer der Anregung:</b> 15
<b>Anregung:</b>	<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b>
(...) gegen die geplante Änderung bestehen Bedenken.  <u>Begründung:</u> Die Begründung ist unvollständig. Es fehlen wesentliche Aussagen zu ökologisch begründeten Maßnahmen innerhalb des Änderungsbereichs. Dieses ist insbesondere	Im Umweltbericht (Teil B der Begründung) wird unter den Ausführungen zum Schutzgut „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft“ auf die genannten Ausgleichsflächen hingewiesen:  <i>Ausgleichsflächen:</i> <i>geplante Maßnahmen A/E 45 "Offenlegung und Renaturierung</i>

- die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen aus dem Planfeststellungsverfahren der Deutschen Bahn AG "Ausbaustrecke Emmerich–Oberhausen, Planfeststellungsabschnitt 1.2 (Oberhausen-Sterkrade), hier: Wiederherstellung des Gewässerlauf Alsbach" sowie
- die umfangreichen CEF-Maßnahmenflächen und Maßnahmen aus der Bauleitplanung der Stadt Oberhausen (Bebauungsplan Nr. 642, Weiherstraße/Waldteichstraße) zu den planungsrelevanten Tierarten.

Es ist aus der Begründung (Teile A und B) nicht erkennbar, in wieweit die ökologischen Maßnahmen konfliktfrei neben anderen Nutzungen der gemischten Baufläche bestehen können.

Das Facit im Steckbrief (Umweltbericht) zu Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft wird geteilt: *Die ökologische Wertigkeit der Fläche ist mäßig bis hoch. Die Verbund- und Freiflächenfunktionen sowie das Landschaftsbild werden erheblich beeinträchtigt. Im Plangebiet gibt es mehrere (teils temporäre) Lebensräume für Kreuzkrötenpopulationen, die artenschutzrechtliche Bedeutung der Fläche ist hoch. Im Rahmen des Bebauungsplanes ist eine artenschutzrechtliche Prüfung der Stufen I und II erforderlich. Insofern sind mit der Planung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut verbunden. Die Offenlegung eines verrohrten Abschnittes des Alsbaches bereichert den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie den Erholungswert eines siedlungsbezogenen Freiraumes und stellt eine positive Wirkung dar.*

Eine Abschichtung zur Klärung der Verträglichkeit auf die nachfolgende Bebauungsplanung ist nicht zielführend, zumal der Freiflächenanteil für Wald, CEF-Maßnahmen und ökologischen Ausgleich (Gewässer) ca. 1/3 des Änderungsbereichs umfasst. Bei der Änderung sind daher die schutzwürdigen Freiflächenanteile als Grünflächen bzw. Wald darzustellen.

*Alsbach" und A/E 49 "Gesamterneuerung und Gestaltung des Durchlasses des Alsbaches unter der Bahntrasse als Ökotunnel sowie Offenlegung und Renaturierung des angrenzenden Bachabschnitts" i.R. des Planfeststellungsverfahrens PFA 1.2 für den 3-gleisigen Ausbau ABS 46/2; festgesetzte artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahme Ersatzhabitat für Kreuzkröten auf Brachfläche parallel der Bahnlinie; temporäres Ersatzhabitat für Kreuzkröten im Plangebiet.*

Da diese Ausgleichsflächen und –maßnahmen rechtlich gesichert sind, müssen sie in der weiteren Planung für den Änderungsbereich als Vorgabe beachtet werden. Der Umweltbericht enthält dazu im Abschnitt „Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich“ folgende Hinweise:

- Erhalt der im Plangebiet befindlichen dauerhaften Ersatzhabitate für Kreuzkröten (bereits angeordnete CEF-Maßnahmen)
- Maßnahmen zum Artenschutz sind aus artenschutzrechtlicher Prüfung abzuleiten (voraussichtlich CEF-Maßnahmen erforderlich)
- Abstimmung des Planungskonzepts auf die als Ausgleichsmaßnahmen A/E 45 und A/E 49 i.R.d. Planfeststellungsverfahrens für den 3-gleisigen Ausbau ABS 46/2 PFA 1.2 vorgesehene Offenlegung und Renaturierung des Alsbaches, Sicherung eines Grünzugs entlang des Bachlaufs

Die in Bezug auf die Artenschutzbelange konfliktfreie Anordnung der Bauflächen ist Aufgabe der verbindlichen Bauleitplanung.

Der RFNP kann die beabsichtigte Art der Bodennutzung -allein maßstabsbedingt- nur in ihren Grundzügen darstellen. Insofern ist bereits im rechtswirksamen RFNP der gesamte Planbereich als Wohnbaufläche dargestellt und somit Bestandteil des Siedlungsraums. Die weitere Nutzungsdifferenzierung erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren. Hier soll ein substantieller Grünflächenanteil

	<p>geschaffen werden. Da das städtebauliche Konzept noch nicht konkretisiert wurde, ist die Ausdifferenzierung der Freiflächen derzeit nicht möglich. Hinzu kommt die z.T. disperse Verteilung schutzwürdiger Freiraumbestandteile im Planbereich, die jeweils unterhalb der RFNP-Darstellungsschwelle von 5,0 ha liegen und sich somit einer eigenständigen Darstellung entziehen. Im Rahmen des nachfolgenden Bebauungsplanverfahrens sind die geplanten Grünstrukturen jedoch problemlos aus dem RFNP entwickelbar. Der im westlichen Anschluss an das Plangebiet vorgesehene Grünzug mit Öffnung des Alsbaches ist im RFNP in generalisierter Form bereits enthalten. Diese Darstellung wird durch das vorliegende RFNP-Änderungsverfahren nicht berührt.</p> <p><b>Der Anregung wird nicht gefolgt.</b></p>
--	--

<b>Beteiligter:</b> Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW <b>ID-Nr.:</b> 13		<b>Eingang:</b> 27.09.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 17
<b>Anregung:</b>		<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b>
<p>(...) für den Planänderungsbereich waren im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung bereits Hinweise bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse gegeben worden, auf die insoweit verwiesen wird.</p> <p>Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Plangebietes 33 OB (Zeche Sterkrade) kein heute noch einwirkungsrelevanter Bergbau dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen grundsätzlich nicht mehr zu rechnen.</p>		<p><b>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</b></p>
<p>Aus den hier vorliegenden Unterlagen geht allerdings hervor, dass im Umfeld der Planfläche Unstetigkeiten verzeichnet sind. Bei Unstetigkeiten handelt es sich um Erdstufen, Erdspalten und Flexuren, die unter Umständen auch dann noch zu Gebäudeschäden führen können, wenn der Bergbau schon lange beendet ist. Ich empfehle in dieser Angelegenheit auf der Ebene des nachfolgenden Bebauungsplanverfahrens die RAG AG, Im Welterbe 10 in 45141</p>		<p>Die RAG AG wird im Rahmen von Bauleitplanverfahren im Einflussbereich des Ruhrbergbaus grundsätzlich beteiligt. Insofern wird auch im Zuge des nachfolgenden Bebauungsplanverfahrens eine diesbezügliche Beteiligung erfolgen.</p>

Essen, um Stellungnahme zu bitten.	<b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>
<p>Die bergbaulichen Verhältnisse sind bekannt und in der Begründung sowie im Umweltbericht weitgehend zutreffend dargestellt. Ich weise jedoch ergänzend noch einmal darauf hin, dass die Bergaufsicht für große Teile der ehemaligen Betriebsflächen zwar geendet hat, jedoch für die ehemalige Betriebsfläche Zeche, Kokerei Sterkrade weiterhin unter Bergaufsicht eine Grundwasserüberwachung (Monitoring) seitens der RAG Montan Immobilien GmbH, Im Welterbe 1 – 8 in 45141 Essen, durchgeführt wird.</p> <p>Die dafür angelegten Grundwassermessstellen sind dauerhaft zu erhalten und eine Zugänglichkeit zu gewährleisten. Diesbezüglich hat auf der Ebene der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung eine Abstimmung mit der RAG Montan Immobilien GmbH zu erfolgen. Gleiches gilt bezüglich der noch unter Bergaufsicht stehenden Schachtbereiche Sterkrade 1 und 2.</p> <p>Zu der Regionalplanänderung bestehen darüber hinaus aus bergbehördlicher Sicht keine Anregungen oder Bedenken.</p>	<p>Die RAG Montan Immobilien GmbH hatte sich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zum vorliegenden RFNP-Änderungsverfahren bereits in gleicher Weise geäußert. Eine Beteiligung im Zuge des nachfolgenden Bebauungsplanverfahrens wurde durch die Stadt Oberhausen zugesichert.</p> <p>Der Umweltbericht wurde dahingehend ergänzt, dass unter dem Schutzgut Boden auf die infolge der Bodenbelastungen aus der ehemaligen bergbaulichen Nutzung erforderliche Grundwasserbeobachtung hingewiesen wird. Die Notwendigkeit zum dauerhaften Erhalt der Grundwassermessstellen ist als Hinweis für die nachfolgende Planungsebene sowohl bei den Auswirkungen der Planung als auch unter dem Punkt „Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich“ aufgeführt. Auf die Abstimmungsnotwendigkeit bezüglich der noch unter Bergaufsicht stehenden Schachtbereiche wird ebenfalls hingewiesen.</p> <p><b>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</b></p>

<b>Beteiligter:</b> Deutscher Wetterdienst –DWD- <b>ID-Nr.:</b> 42		<b>Eingang:</b> 27.09.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 18
<b>Anregung:</b>	<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b>	
Der Deutsche Wetterdienst hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.	<b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>	
Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass aus Sicht des Deutschen Wetterdienstes die Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut Klima zu berücksichtigen sind. Das Vorhaben ist so zu gestalten, dass erhebliche ungünstige Auswirkungen auf das Klima und das Lokalklima vermieden werden. Zusätzlich ist bei dem Vorhaben im Sinne des	Dieser Hinweis wurde bereits im Rahmen der Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung vorgetragen. Die Planungsgemeinschaft hat hierzu im Rahmen der diesbezüglichen Abwägung dargelegt, dass gemäß den Regelungen des Baugesetzbuches (insb. § 1 Abs. 6 Nr. 7a) BauGB i.V.m. den ergänzenden Vorschriften zum Umweltschutz	

<p>Baugesetzbuches den Aspekten des Klimaschutzes und deren Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen.</p>	<p>des § 1a Abs. 5 BauGB) die Auswirkungen auf das Klima sowie die Erfordernisse des Klimaschutzes und des Klimawandels bei der Aufstellung von Bauleitplänen berücksichtigt und in die planerische Abwägung eingestellt werden. Demgemäß werden die im Rahmen dieser Planungsebene relevanten Auswirkungen auf das Schutzgut Klima im Umweltbericht zur 33. Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) ausführlich dargelegt. Die geplante Umwidmung von Wohnbaufläche in Mischbaufläche ist im Hinblick auf die Umweltauswirkungen in etwa vergleichbar, so dass eine signifikante Verschlechterung der Klimabelange gegenüber der planungsrechtlichen Situation nicht zu erwarten ist.</p> <p>Die RFNP-Änderung beinhaltet aufgrund der Planungs- und Maßstabsebene jedoch noch keine konkreten Maßnahmen. Weitergehende Maßnahmen zur städtebaulichen Ausgestaltung, zur Energieeffizienz, zur Wärme- und Energieversorgung sowie zur Klimaanpassung werden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung detailliert geprüft. Die weitere Konkretisierung der Planung und die Festlegung erforderlicher Maßnahmen erfolgt somit im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren. In diesem Zusammenhang wird auch der Oberhausener Leitfaden „Klimaschutz in der Bauleitplanung“ berücksichtigt.</p> <p><b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b></p>
--	--

<p><b>Beteiligter:</b> Industrie- und Handelskammer zu Essen <b>ID-Nr.:</b> 100</p>	<p><b>Eingang:</b> 30.09.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 21</p>
<p><b>Anregung:</b> (...) seitens der IHK zu Essen werden nach Abwägung des gesamtwirtschaftlichen Interesses grundsätzlich keine Einwendungen gegen das o.g. Änderungsverfahren des RFNP geltend gemacht.</p>	<p><b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b>  <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b></p>
<p>Wir weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass das Plangebiet in der Nähe zu Unternehmen gelegen ist, welche der SEVESO III Richtlinie unterliegen. Deren gewerbliche Tätigkeiten dürfen durch die Planung</p>	<p>Im Umweltbericht zur 33. RFNP-Änderung wird der Sachverhalt unter dem Schutzgut „Mensch, Gesundheit, Bevölkerung“ sowie unter „Risiken / Auswirkungen im Fall schwerer Unfälle oder Katastrophen“</p>



und spätere Realisierung - insbesondere von heranrückenden Wohnnutzungen – grundsätzlich nicht beeinträchtigt werden.	<p>erfasst und bewertet. Ca. 1500 – 2000 m westlich der Fläche liegt ein Industriegebiet (Chemiewerk), in dem sich mehrere Betriebe mit Seveso-III-Anlagen befinden. Der gutachterlich ermittelte angemessene Sicherheitsabstand i. S. d. Seveso-III-Richtlinie beträgt 200 m. Demnach liegt der Planbereich nicht innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes eines Seveso-III-Betriebes. Insofern sind keine Auswirkungen auf betriebliche Prozesse zu erwarten.</p> <p><b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b></p>
---	--

<b>Beteiligter:</b> Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen <b>ID-Nr.:</b> 123		<b>Eingang:</b> 26.09.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 22
<b>Anregung:</b>		<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b>
<p>(...) ich verweise auf meine Stellungnahme vom 23.4.2018 zum Scopingverfahren und den hierin gemachten Hinweisen insbesondere zu den Schutzgütern Wasser und Boden und den Hinweisen zum Artenschutz.</p> <p>Die aktuellen Antragsunterlagen beinhalten u.a. die vom LANUV empfohlene Artenschutzprüfung der Stufe I für die Fläche der ehemaligen Zeche Sterkrade. Hieraus geht hervor, dass durch die geplante Umnutzung Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG in Bezug auf hier vorkommende geschützte Arten v.a. für Fledermäuse, Amphibien und Vogelarten nicht ausgeschlossen werden können. Ich schließe mich daher dem Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung (ASP 1) vom 21.03.2019 an und empfehle die Durchführung einer vertiefenden artenschutzrechtlichen Prüfung auf der nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebene, um hieraus abgeleitet geeignete CEF Maßnahmen für betroffene Arten einplanen zu können.</p>		<p>Im Hinblick auf das Schutzgut „Wasser“ wird im Umweltbericht zur 33. Änderung des RFNP dargelegt, dass durch die Offenlegung des im gesamten Änderungsbereich bisher verrohrt verlaufenden Alsbaches mit der Planung erhebliche positive Auswirkungen für das Gewässer verbunden sein werden. Die Umgestaltung des Alsbaches ist als Kompensationsmaßnahme bereits Bestandteil des laufenden Planfeststellungsverfahrens zum Ausbau der BETUWE-Güterzugstrecke im Bereich der nordöstlich des Plangebietes verlaufenden DB-Linie. Die genannte Richtlinie für die Entwicklung naturnaher Fließgewässer in NRW wird hierbei berücksichtigt.</p> <p>Hinsichtlich der Hinweise zum Schutzgut „Boden“ wird der LANUV Fachbericht 82 "Grundlagen und Anwendungsbeispiele einer Bodenkundlichen Baubegleitung in NRW" als Planungshinweis für die nachfolgende Planungsebene in den Umweltbericht aufgenommen.</p> <p>Im Umweltbericht zur 33. Änderung des RFNP wird unter dem Schutzgut „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft“ die verpflichtende Durchführung einer artenschutzrechtlichen Prüfung der Stufe II im Rahmen nachgelagerter Planungs- und</p>

	<p>Zulassungsverfahren benannt. Auf voraussichtlich erforderliche CEF-Maßnahmen<sup>1</sup> wird hingewiesen. Der Planungsebene des RFNP entsprechend ist die artenschutzrechtliche Vereinbarkeit der Planung damit hinreichend geprüft. Die in Bezug auf die Artenschutzbelange konfliktfreie Anordnung der Bauflächen ist Aufgabe der verbindlichen Bauleitplanung.</p> <p><b>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</b></p>
--	--

<b>Beteiligter:</b> Emscher-genossenschaft <b>ID-Nr.:</b> 60		<b>Eingang:</b> 30.09.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 24
<b>Anregung:</b> (...) gegen das o.g. Änderungsverfahren bestehen unsererseits keine Bedenken. Den folgenden Hinweis bitten wir jedoch zu berücksichtigen. <b>Hinweis</b> Eine weitere Bebauung des Planbereichs führt zu einer Erhöhung der Abwassermenge, die im Klärwerk Emschermündung der Emscher-genossenschaft mit zu behandeln ist, aber bislang noch nicht berücksichtigt wurde. Zur planerischen Berücksichtigung möglicher Anpassungsbedarfe unserer Anlagen bitten wir um Beteiligung bei der weiteren Entwicklung des Planbereichs.		<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b> Eine weitere Beteiligung der Emscher-genossenschaft im Rahmen des vorliegenden RFNP-Änderungsverfahrens wird zugesichert. Die konkrete Bestimmung von Art und Maß der baulichen Nutzung und damit ein Rückschluss auf anfallende Abwassermengen können jedoch erst im Rahmen des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens erfolgen. Hierzu wird zu gegebener Zeit ein gesondertes Beteiligungsverfahren unter Einbeziehung der Emscher-genossenschaft durchgeführt.  <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>

<b>Beteiligter:</b> Landesbetrieb Straßenbau NRW –Autobahnniederlassung Krefeld <b>ID-Nr.:</b> 129		<b>Eingang:</b> 02.10.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 25
<b>Anregung:</b> (...) das Abwägungsergebnis zur Stellungnahme der Autobahnniederlassung Krefeld vom 26.04.2018 im Rahmen der „Frühzeitigen Beteiligung“ wurde mit Vorlage der o.a. Unterlagen mitgeteilt. Demnach wird seitens der Stadt zugesichert, auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung eine Verkehrsuntersuchung		<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b> Der Landesbetrieb hatte im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung u.a. darauf hingewiesen, dass im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung ein Verkehrsgutachten hinsichtlich der zu erwartenden Zusatzverkehre und deren Verträglichkeit im umliegenden klassifizierten Straßennetz zu erstellen sei. Hierbei sollten auch die

<sup>1</sup> **CEF**-Maßnahmen: **C**ontinuos **E**cological **F**unktionality (Bedeutung: „vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen“)

durchzuführen. Gleichmaßen werden *"Lage und Umfang erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen"* erst im Rahmen des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens bestimmt. Die mitgeteilten grundsätzlichen Festlegungen und Belange bitte ich auch im vorliegenden Verfahrensschritt weiter zu beachten.

Um weitere Beteiligung der Straßenbauverwaltung an der verbindlichen Bauleitplanung wird gebeten.

weiteren großflächigen städtebaulichen Entwicklungen im näheren Umfeld des Planbereichs mit betrachtet werden.

Im Zuge der Aufstellung des nordwestlich gelegenen Bebauungsplans Nr. 642 -Weierstraße/Waldteichstraße- sowie des der Erschließung dienenden Bebauungsplans Nr. 735 -Erschließung Waldteich/Weierheide- wurde bereits eine umfangreiche Verkehrsuntersuchung durchgeführt<sup>2</sup>. Auf der Grundlage der bestehenden Verkehrsbelastungen wurde hierbei das zusätzliche Verkehrsaufkommen von dem Gebiet des Bebauungsplans Nr. 642 sowie weiteren Entwicklungsflächen im Umfeld des Plangebietes anhand gebräuchlicher Kennziffern zum Zusammenhang zwischen Flächennutzung und Verkehrsaufkommen prognostiziert. In die Untersuchung wurde auch der Bereich der ehemaligen Zeche Sterkrade als Planungsfall einbezogen. Die Untersuchungsergebnisse und die vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen sich zwar in erster Linie auf die Erschließung des o.g. Bebauungsplans Nr. 642. Sie lassen aber auch Rückschlüsse auf die Verkehrsbelastungssituation und die zu ergreifenden Maßnahmen im Umfeld zu. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass bei Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen die Funktions- und Leistungsfähigkeit insbesondere des klassifizierten Straßennetzes gewährleistet ist. Vertiefende Untersuchungen unter Betrachtung der Gesamtlärmsituation sind im Rahmen des aus der 33. Änderung des RFNP noch zu entwickelnden Bebauungsplans vorgesehen, da erst zu diesem Zeitpunkt die konkrete Ausdifferenzierung der Flächen sowie die Festsetzungen über Art und Maß der baulichen Nutzung vorliegen.

Der Hinweis, dass sämtliche Kosten für erforderliche Straßenumbau- und Verkehrssteuerungsmaßnahmen dabei zu Lasten der Stadt Oberhausen gehen, wird erneut zur Kenntnis genommen.

Im Umweltbericht zur 33. Änderung des RFNP werden unter dem

<sup>2</sup> Brilon, Bonzio, Weiser, Bochum, Dez. 2017: Verkehrsuntersuchung zu den Bebauungsplänen Nr. 642 und Nr. 735 in Oberhausen

	<p>Schutzgut „Mensch, Gesundheit, Bevölkerung“ u.a. auch zur Lärmsituation Aussagen gemacht. Auf das Erfordernis eines Lärmgutachtens im Zuge des nachfolgenden Bebauungsplanverfahrens wird hingewiesen.</p> <p>Die Straßenbauverwaltung hat auch hier verdeutlicht, dass weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz geltend gemacht werden können.</p> <p>Lage und Umfang erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen können ebenfalls erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bestimmt werden. Eine rechtzeitige Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßenbau zur Vermeidung von Planungskollisionen wird erneut zugesagt.</p> <p><b>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</b></p>
--	--

<b>Beteiligter:</b> Deutsche Bahn AG, DB Immobilien <b>ID-Nr.:</b> 36		<b>Eingang:</b> 21.10.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 26
<b>Anregung:</b>	<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b>	
(...) die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme: Die DB Netz AG bestätigt die Stellungnahme der Stadt Oberhausen in Bezug auf die Lärmsituation und die damit zusammenhängende Gebietseinstufung. Im Rahmen des 2. Deckblattes zum Planfeststellungsabschnitt 1.2 der Ausbaustrecke ABS 46/2 wurde der Bereich an der Von-Trotha-Straße vom Gewerbe und Mischgebiet hochgestuft zum allgemeinen Wohngebiet. Damit ist der Konflikt mit der Änderung des RFNP ausgeräumt.	<b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>	

<b>Beteiligter:</b> E.ON SE, Mining Management <b>ID-Nr.:</b> 51		<b>Eingang:</b> 25.11.2019 <b>Nummer der Anregung:</b> 27
<b>Anregung:</b> Unsere bergbaulichen Belange sind nicht betroffen. Der Bauleitplan liegt außerhalb des stillgelegten Bergwerkeigentums der E.ON SE. Der zuständige Bergwerkseigentümer ist uns nicht bekannt. Auskunft über den zuständigen Bergwerksbesitzer erhalten Sie bei der Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6 "Bergbau und Energie in NRW", Goebenstraße 25, 44135 Dortmund. Wir empfehlen daher, die Anfrage bezüglich Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen an diese Behörde zu richten.		<b>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</b> Die Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6 „Bergbau und Energie in NRW“ wird im Rahmen von Bauleitplanverfahren im Einflussbereich des Ruhrbergbaus grundsätzlich beteiligt. Insofern liegen die relevanten Informationen der Behörde bereits vor.  <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>

## Synopse der Anregungen im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit

Im Rahmen der förmlichen Beteiligung sind keine Stellungnahmen der Öffentlichkeit eingegangen.